

Hilfe ohne Bedingungen

Syrien und Nachbarstaaten nähern sich weiter an – Westblock bleibt unvermindert bei Sanktionen und Repressalien. **Von Karin Leukefeld**

Die Nachbarstaaten Syriens arbeiten seit der Rückkehr des Landes in die Arabische Liga im Mai an einer Verbesserung der Beziehungen – politisch wie wirtschaftlich. Am Montag traf der Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident Jordaniens, Ayman Safadi, in Damaskus ein, wo er sich mit Präsident Baschar Al-Assad und Außenminister Faisal Mekdad traf. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bestätigten Mekdad und Safadi die Bildung eines bilateralen Komitees, um Drogenschmuggel durch die beiden Länder zu unterbinden. Gemeinsam müsse man auch an einer Lösung für die syrischen Flüchtlinge in Jordanien arbeiten. Von ihnen gibt es insgesamt 1,3 Millionen, zehn Prozent der geflüchteten Syrer leben in Flüchtlingslagern.

Jordanien habe 300.000 Arbeitsgenehmigungen für syrische Flüchtlinge erteilt, erklärte Safadi, und mehr als 150.000 Kinder und Jugendliche besuchten Schulen und Universitäten im Land. Man müsse gemeinsam daran arbeiten, »Bedingungen zu schaffen, die ein Ende der Sanktionen ermöglichen und zur vollständigen Erholung Syriens führen«, so Safadi. Er forderte internationale Investitionen in das kriegszerstörte Land, um die Infrastruktur wiederaufzubauen. Das werde die Rückkehr von Flüchtlingen beschleunigen.

Jordanien hatte sich nicht nur für die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga eingesetzt, es nimmt als Beobachterstaat auch an den sogenannten Astana-Treffen teil, die unter der Schirmherrschaft Russlands, der Türkei und Irans daran arbeiten, einen Teil der innersyrischen Regierungsgegner und Damaskus miteinander ins Gespräch zu bringen. Weitere Beobachter sind Libanon, Irak, das Büro des UN-Sonderbeauftragten für Syrien von Geir Otto Pedersen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Letzteres konnte bereits mehrfach zur Aufklärung über den Verbleib und zum Austausch von Vermissten und Gefangenen beitragen.

EU, USA und Partner halten derweil an der Isolation Syriens fest und erweitern ein Labyrinth aus Resolutionen, Anklagen, Strafmaßnahmen und Sanktionen durch immer neue Repressalien.



Vielleicht bald mit Rückkehrperspektive: Syrische Flüchtlinge im jordanischen Camp Zaatari (2.8.2022)

Am vergangenen Freitag legte Luxemburg in der UN-Generalversammlung eine Resolution vor, in der Generalsekretär António Guterres aufgefordert wird, eine unabhängige UN-Untersuchungskommission einzusetzen, die nach dem Verbleib von Verschwundenen in Syrien forschen soll. 46 Staaten unterstützten die Resolution, zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Hilfsorganisationen hatten dafür geworben. Sie wurde mit 83 zu elf Gegenstimmen angenommen. 62 Staaten enthielten sich. Syrien stimmte dagegen. Der syrische UN-Botschafter Bassam Al-Sabbagh begründete das damit, dass die Autoren des Antrags sich mit Damaskus nicht – wie normalerweise üblich – über den Inhalt des Textes verständigt hatten.

Zuvor hatte sich am Donnerstag der UN-Sicherheitsrat turnusgemäß mit der humanitären Lage in Syrien befasst. Najat Rochdi, Stellvertreterin des UN-Sonderbeauftragten, beschrieb eine sich verschlechternde Lage, ging auf die Gespräche in Genf und Astana ein und forderte die Verlängerung der grenzübergreifenden Hilfe aus der Türkei für die Provinz Idlib für zwölf Monate. Die aktuelle Regelung läuft am 10. Juli

aus. Martin Griffiths, stellvertretender UN-Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator, berichtete über seine kürzliche Reise nach Syrien und sein Gespräch mit Präsident Al-Assad. 90 Prozent der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag, so Griffiths. Die humanitäre Nothilfe der UNO sehe für dieses Jahr 5,4 Milliarden US-Dollar vor, jedoch seien weniger als zwölf Prozent dieses zugesagten Geldes bisher eingegangen, kritisierte der UN-Offizielle.

In der Aussprache forderten die westlichen Vetomächte und andere die Verlängerung der grenzüberschreitenden Hilfslieferungen aus der Türkei nach Idlib. Russland bezeichnete dagegen dieses immer wiederkehrende Thema als »scheinheilige westliche Propaganda«. Ihnen sei sehr wohl bekannt, dass die Hilfe über die innersyrischen Kontaktlinien geleistet werden könne, erinnerte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja. Der chinesische UN-Botschafter Geng Shuang sprach von einer »außergewöhnlichen Maßnahme«, die zu Ende gehen müsse. Es sei unverständlich, dass einige Staaten so besorgt über die humanitäre Lage in Syrien

seien, gleichzeitig aber selbst Sanktionen gegen das Land verhängt hätten. Das sei, als »würde man einen Patienten wiederbeleben, ohne den Würgegriff am Hals des Patienten zu lockern«. Der US-Vertreter Jeffrey DeLaurentis sagte, das »Assad-Regime« behindere den Zugang der UN-Organisationen, daher müssten die grenzüberschreitenden Hilfslieferungen (nach Idlib) um zwölf Monate verlängert werden.

Dies wurde von syrischer Seite zurückgewiesen. Sabbagh erklärte, seine Regierung habe unmittelbar nach dem Erdbeben Anfang Februar Einreisevisa für humanitäre Beschäftigte genehmigt und den Transport der UN-Hilfsgüter beschleunigt. Allerdings sei es schwierig gewesen, die Menschen jenseits der innersyrischen Kontaktlinien zu erreichen. »Einige feindliche Staaten haben in Abstimmung mit ihren terroristischen Komplizen nur einen Konvoi passieren lassen«, so Sabbagh. Zudem hätten die »sogenannten Ausnahmeregelungen« von den einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen der EU und der USA infolge des Erdbebens »vor Ort keine Wirkung gezeigt«. Syrien sei sogar von der Brüsseler Geberkonferenz Mitte Juni ausgeschlossen worden.

Hintergrund Resolutionen und Sanktionen

Grenzüberschreitende Hilfslieferungen nach Syrien wurden erstmals im April 2012 vom UN-Sicherheitsrat beschlossen und seitdem jährlich und halbjährlich verlängert. Die Maßnahme ist eine Ausnahmeregelung. Sie entzieht dem betroffenen Staat, Syrien, das souveräne Recht, seine Grenzen und Territorien zu kontrollieren, wie es in der UN-Charta für alle Mitgliedstaaten verankert ist. 22 UN-Sicherheitsratsresolutionen wurden zu Syrien beschlossen, darunter Resolution 2254 (Dezember 2015), die einen politischen Übergangsprozess unter dem Dach der UNO einleiten soll und Bedingungen formuliert.

Sieben präsidiale Erklärungen hat der UN-Sicherheitsrat abgegeben, um Maßnahmen gegen Syrien zu bestätigen. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beschuldigt Damaskus, chemische Waffen eingesetzt zu haben, obwohl diese nachweislich bis 2016 zerstört worden waren. Die Mitgliedsrechte Syriens wurden dennoch eingeschränkt, bis das Land beweise, »dass es nicht hat, was es nicht hat« – chemische Waffen.

Im April erweiterte der EU-Rat die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Syrien, die erstmals im April 2011 »als Antwort auf die gewaltsame Unterdrückung der syrischen Bevölkerung« verhängt worden waren. Heute stehen auf der Liste 322 Personen sowie 81 Unternehmen und staatliche Organisationen.

»Zum Schutz der Zivilbevölkerung« erließen die USA Ende 2019 das »Caesar-Gesetz«, das im Juni 2020 in Kraft trat. Es verbietet Einzelpersonen, Unternehmen und Staaten in Syrien und außerhalb Handel mit dem Land zu treiben und so beispielsweise den Wiederaufbau mitzufinanzieren. Auf der US-Liste stehen heute 39 Personen »des Assad-Regimes«.

(kl)

Immer wieder Damaskus

Medial und politisch am Pranger: Fokus auf syrische Regierung, alles andere nachrangig

Wann immer Syrien bei den Vereinten Nationen auf der Tagesordnung steht, wenn eine Geberkonferenz angekündigt wird oder eine wichtige Entscheidung im UN-Sicherheitsrat ansteht, werden Medien und Öffentlichkeit mit Stellungnahmen von staatlichen, halb- und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen überschüttet.

Dabei stehen die »grenzüberschreitenden Hilfslieferungen« in die vom Al-Qaida-Ableger Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) kontrollierte syrische Provinz Idlib ganz oben auf der Agenda, die alternativlos seien und keinesfalls gestoppt werden dürften. Hunger und Gewalt werden angeprangert – versehen mit der Warnung, dass keinesfalls jemand nach Syrien

zurückkehren könne, weil die Lage im Land »katastrophal« sei. In den Stellungnahmen wird auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Syrien hingewiesen, auf Gefangene und Vermisste und immer wieder darauf, dass kein Mensch vor dem »Assad-Regime« sicher sei. Korruption und Begünstigung bei der Verteilung von Hilfsgütern wird verurteilt oder die schleppende und kostspielige Verteilung von Pässen.

Die Vorwürfe richten sich in den meisten Fällen gegen die syrische Regierung. Seltener sind Vorwürfe gegen die »Autoritäten im Nordwesten Syriens« (Idlib) zu hören oder auch gegen die Türkei, die grenzüberschreitend den Nordosten des Landes bombardiert. Am Montag erklärte die

»Autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien« (AANES) das Gouvernement Hasaka zum Katastrophengebiet, weil es kein Wasser mehr gebe. Ankara wird vorgeworfen, weiterhin die Durchlaufmenge des Euphrats zu drosseln, gleichzeitig wurden Russland und die syrische Regierung beschuldigt, das Verhalten der Türkei zu unterstützen. Seitens der Selbstverwaltung werden zudem Angriffe der türkischen Armee auf Stellungen des multiethnischen Kampfverbands Syrische Demokratische Kräfte (SDK) oder Zivilisten angeprangert. Dies findet jedoch ebenso wie Meldungen über Menschen, die durch Minen, versprengte Al-Qaida-Gruppen, durch Beschuss der bewaffneten Regierungsgegner in den Nachbarprovinzen von Idlib oder durch

Angriffe der US-Armee im Osten des Landes getötet werden, selten Erwähnung in deutschen Medien.

Die Forderungen der anklagenden Hilfsorganisationen richten sich an die UNO und die »internationale Gemeinschaft« und beinhalten alle Instrumente und Strafmaßnahmen, die man sich denken kann. Etwa die Einrichtung (und Finanzierung) von Sondergremien wie »unabhängigen Untersuchungskommissionen« oder juristische Schritte verbunden mit Anklagen zur Verurteilung der syrischen Regierung und des Präsidenten. Dabei werden diese Forderungen mit Hilfe westlicher Regierungen oder im Rahmen der UNO immer wieder auch durchgesetzt.

Nicht nur UN-Organisationen wie UNICEF, auch private und

halbstaatliche Hilfsorganisationen wie das britische International Rescue Committee (IRC), CARE oder Save the Children verfügen in Berlin über Büros nah an der politischen und medialen Macht – denn Deutschland ist der zweitgrößte Geldgeber für Hilfsorganisationen, die in und um Syrien aktiv sind. Hier ist der Ort, um die Stimmung zu beeinflussen und Geld einzuwerben. Das ist wichtig, denn jeder Hilfseinsatz im Kriegs- und Krisengebiet finanziert weitere Arbeitsplätze (zu Hause), wie ein Mitarbeiter einer deutschen Hilfsorganisation in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak gegenüber jW versicherte. Das Geschäft mit der Hilfe lohnt sich und die Konkurrenz ist groß.

Karin Leukefeld